

**Rede
des Parlamentarischen Geschäftsführers**

Grant Hendrik Tonne, MdL

zu TOP Nr. 20

Besprechung

**23. Parlamentarischer Untersuchungsausschuss –
„Mögliche Sicherheitslücken in der Abwehr
islamistischer Bedrohungen in Niedersachsen“**

Antrag der Abgeordneten Jens Nacke (CDU) und Christian Grascha
(FDP) und 48 weiterer Mitglieder der Fraktion der CDU und der Fraktion
der FDP – Drs. 17/5502

Beschlussempfehlung des Ältestenrats – Drs. 17/5639

während der Plenarsitzung vom 21.09.2017
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede,

mit dem heutigen Tag schließen wir den 23. Parlamentarischen Untersuchungsausschuss ab, und als Überschrift zu dieser Debatte können wir eine Erkenntnis wählen, die für uns nicht neu ist, welche wir aber immer wieder und wieder mit Stolz betonen können:

Niedersachsen ist ein sicheres Bundesland!

Ich richte zuerst daher meinen Dank für ihre gute und verlässliche Arbeit an unsere Polizei, an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Landeskriminalamt und im Verfassungsschutz.

Die Menschen in Niedersachsen sind sicher und sie können sich sicher fühlen – dank der engagierten Arbeit all dieser Menschen und dank eines exzellenten Innenministers Boris Pistorius!

Die Menschen in diesem Land können sich auch sicher sein, dass wir den Kampf gegen djihadistisch motivierte Gewalttaten und gegen den islamistischen Terrorismus dank gut aufgestellter Sicherheitsbehörden erfolgreich führen können! Auch das ist im Untersuchungsausschuss sehr deutlich geworden!

Zu diesem Ergebnis komme ich trotz des Anschlags von Safia S. in Hannover Anfang des Jahres 2016. Ich gehe einmal davon aus, dass wir uns einig sind, dass jeder Anschlag, jedes Verbrechen und jedwede terroristische Tat im optimalen Fall verhindert werden muss.

Unsere Geschichte zeigt uns aber, dass das eben nicht geht und es immer wieder zu so bedauerlichen Vorfällen kommt, wie der Anschlag von Safia S. Hundertprozentige Sicherheit können wir nicht garantieren, das kann niemand, und wir sollten das auch nicht vorspielen, auch und insbesondere nicht in Zeiten des Wahlkampfes.

Entscheidend ist, ob und wie eine kritische Aufarbeitung von Abläufen und von Vorgehensweisen stattfindet, damit es nicht zu Wiederholungen kommen kann

und damit man einer neuen Gefährdungslage auch konsequent begegnet werden kann.

Ich bin mir ziemlich sicher, dass es heute keinen zweiten Fall wie Safia S. geben wird. Ich bin mir aber genauso sicher, dass eine einfache Bewertung, wonach der Anschlag zu verhindern war, zu kurz springt.

Natürlich sind wir nach zig Monaten der Aufarbeitung und Überprüfung schlauer und würden heute auch anders vorgehen. Zum Zeitpunkt des Handelns haben die Sicherheitsbehörden nach bestem Wissen gehandelt. Was aus heutiger Sicht ein Fehler war, war aus damaliger Sicht trotzdem eine nachvollziehbare – wenngleich im Nachhinein aber falsche – Einschätzung der Gefährlichkeit.

Die Sicherheitsbehörden haben sich in der Einschätzung der Gefährlichkeit von Safia S. geirrt und das darf sich eben nicht wiederholen. Dass die Sicherheitsbehörden daran gearbeitet haben, hat der Untersuchungsausschuss auch gezeigt.

Wer sich heute hinstellt und erklärt, dass sei alles zu verhindern gewesen, verkündet zwar einfach klingende, aber gleichzeitig zu oberflächliche Schlussfolgerungen.

Ja, Schwachstellen müssen benannt werden und Fehler müssen abgestellt werden! Ja, man hätte anders handeln können. Die Aufarbeitung des Vorfalls macht aber gleichwohl deutlich, dass es eben keine strukturellen Mängel in der Arbeit gibt. Und das ist bei aller Tragik des Einzelfalles – welchen ich gar nicht herunterspielen möchte – gut.

Wir haben Vertrauen in unsere Sicherheitsbehörden und setzen nicht – wie CDU und FDP – auf eine Misstrauenskultur!

Wir haben uns im Untersuchungsausschuss über die Vorgänge rund um die Moschee in Hildesheim unterhalten.

Das wir zu einem Verbot des DIK Hildesheim gekommen sind, ist ein guter und konsequenter Schritt. Wir begrüßen das und es hat vor allem deshalb funktioniert, weil – zwar langwierige – aber gute Ermittlungen im Vorfeld stattgefunden haben. Hier ist sauber gearbeitet worden, hier ist rechtssicher gearbeitet worden und dafür bin ich dankbar, weil es sich wohltuend von den Schnellschussforderungen der Opposition abhebt. „Eben mal schnell verbieten“ fällt einem auf Sicht viel zu schnell auf die Füße.

Auch der Vorwurf, das Innenministerium habe quasi aus politischen Erwägungen dem LKA eine verdachtsunabhängige Personenkontrolle vor der Hildesheimer Moschee untersagt, ist falsch.

Mal abgesehen davon, dass das LKA niemals einen Antrag gestellt hat – der Vorgang ist soweit gar nicht gekommen, verweise ich auf die klare und deutliche Aussage von dem Landespolizeipräsidenten Uwe Binias.

Die vom LKA gewünschte Maßnahme war schlicht nicht geeignet, um die gewünschten Ergebnisse zu erbringen. Ausreisewillige und sich radikalisierende Menschen erkenne ich eben nicht über eine Passkontrolle im Vorfeld der Moschee. Maßnahme und Ziel haben nicht zueinander gepasst. Herr Binias hat im Ausschuss erklärt, dass er aus fachlichen Erwägungen zu 100 Prozent hinter dieser Einschätzung stehe.

Übrigens, mal ganz nebenbei: Zu den verdachtsunabhängigen Personenkontrollen gibt es einen Erlass, wonach die anlasslose Personenkontrolle zwingende Ermittlungsergebnisse bringen müsse. Wissen Sie, wer das in den Erlass hineingeschrieben hat? Bevor Sie sich heute künstlich aufregen: Ich gebe Ihnen einen kleinen Tipp, der Erlass stammt aus dem Jahre 2010, Sie können ja mal in aller Ruhe überlegen, wer da Innenminister war.

Entscheidend ist doch aber, dass wir nicht den Eindruck erwecken dürfen, dass das Nichtdurchführen der verdachtsunabhängigen Kontrolle dazu führe, dass nichts gemacht worden ist. Im Ausschuss wurde ausdrücklich berichtet, dass es eben auch verdeckte Maßnahmen gab. Das wird bei der Debatte nur zu gerne ausgeblendet

Der DIK Hildesheim war unter genauer Beobachtung der Sicherheitsbehörden und das hat dann auch zum Erfolg im Sinne des Verbots geführt.

Die Opposition hat immer wieder behauptet, unsere Sicherheitsbehörden würden nicht gut genug zusammenarbeiten. Von Sitzung zu Sitzung wurde aber deutlich, wie gut die Behörden zusammenarbeiten und wie sehr die Zusammenarbeit einer sich stetig verändernden Sicherheitslage anpasst.

Es gibt keine starren Strukturen. Alle Zeugen haben von einer Entwicklung der Zusammenarbeit gesprochen – Austausch auf Arbeitsebene; Führungskräftebesprechungen, das Gemeinsame Informations- und Analysezentrum; Austausch zu Personenerkenntnissen; Fallkonferenzen; Systematische Erkenntnisgewinnungen über islamistische Strukturen – SEGIS abgekürzt – und die Zusammenarbeit im Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum in Berlin.

Gerade angesichts des letzten Punktes will ich hier auch noch einmal betonen, dass die Bekämpfung des islamistischen Terrorismus keine rein niedersächsische Herausforderung ist, nicht einmal eine bundesweite, sondern es fordert die Staaten überall auf der Welt. Umso wichtiger ist der Austausch der Sicherheitsbehörden innerhalb von Deutschland und mit den europäischen Nachbarn.

Ich finde es bezeichnend, dass es der niedersächsischen Opposition oftmals wichtiger war, Dokumente in den Untersuchungsausschuss zu bekommen, vertrauliche Dokumente haben zu wollen und damit zu riskieren, dass Niedersachsen vom Informationsaustausch auf Bundesebene ausgeschlossen wird. Wir standen kurz davor! Das wäre eine Gefährdung der Sicherheitslage gewesen.

Wer angesichts der Aussagen über die aktuelle Zusammenarbeit, welche von der Polizei, vom Verfassungsschutz und vom LKA allesamt bestätigt worden sind, von

einer verschlechterten Zusammenarbeit spricht, der hat die Sachlage nicht zur Kenntnis genommen.

Und ich gehe noch einen Schritt weiter: Wer trotzdem von einer verschlechterten Zusammenarbeit spricht, der setzt sich dem Vorwurf aus, dieses Land allein aus wahlkampfaktischen Gründen schlecht zu reden. Sie, meine Damen und Herren von CDU und FDP, haben die ganze Zeit über versucht, dieses Land in die Unsicherheit hineinzureden. Sie haben eine unverantwortliche Misstrauenskultur gegenüber Polizei, LKA und Verfassungsschutz gesät.

Es war auch diese Regierung und die sie tragenden Fraktionen, die für mehr Personal und für eine bessere Ausstattung gesorgt haben. Ich erinnere an die Aussage von Verfassungsschutzpräsidentin Brandenburger, wonach nach 2013 bei der Einstellung von Personal auf IT-Sachverstand geachtet werden musste. Schwarz-Gelb hat das bis 2013 sträflich vernachlässigt und wir mussten ihre Baustellen bearbeiten!

Für uns steht nach der Beweisaufnahme fest: unsere Sicherheitsbehörden sind gut aufgestellt und lernende Einheiten!

Ein immer wieder erhobener Vorwurf – für den übrigens jeder Beweis schuldig geblieben worden ist – der Opposition war, es habe eine politische Einflussnahme gegeben. CDU und FDP verstiegen sich sogar zu der Behauptung, es habe Angst und Verunsicherung geherrscht.

Ein paar Zitate hierzu:

Zu der Behauptung, die Arbeit der Task Force habe den Verfassungsschutz verunsichert:

Antwort von Boris Pistorius: *„Nein, mir ist Derartiges überhaupt nicht bekannt. Ganz im Gegenteil: Mein Eindruck war, dass man im Nachhinein sogar dankbar dafür war, dass eine gewisse aufklärende Arbeit geleistet worden ist. Das muss man sehr deutlich sagen.“*

Verunsicherung bei der Polizei?

Knut Lindenau, Landespolizeidirektor: „*Nein! Eine derartige Verunsicherung ist mir nicht bekannt!*“

Zu der Frage, ob es eine politische Weisung irgendeiner Art gegeben habe, beim Salafismus nicht so genau hinzuschauen:

Antwort von Axel Brockmann, Polizeidirektor: „*Solch eine Weisung oder solch eine Ansage habe ich selber nie bekommen, und mir ist auch nicht bekannt, dass es irgendwo eine entsprechende Anweisung oder Ähnliches gegeben hat.*“

Landespolizeipräsident Uwe Binias: „*In keinem Fall hat es Vorgaben gegenüber dem Landespolizeipräsidium seitens der Hausspitze gegeben.*“

Verfassungsschutzpräsidentin Maren Brandenburger: „*In keinem Fall hat es, seit ich diese Behörde leite, Vorgaben der Hausspitze gegenüber dem niedersächsischen Verfassungsschutz gegeben, wie der operative und analytische Teil im Bereich Islamismus zu gestalten ist!*“

Anrede,

das Ergebnis ist eindeutig: Es hat keine politischen Weisungen zum Nichthandeln gegeben.

Es hat keine Angst oder Verunsicherung bei unseren Sicherheitsbehörden gegeben.

Die Begründung der Opposition für die angebliche Notwendigkeit dieses Untersuchungsausschusses hat keinen einzigen Beleg gefunden!

Nun stellt sich die Frage, was hat dieser Untersuchungsausschuss tatsächlich gebracht?

Die Opposition in diesem Landtag stellt sich hin und behauptet, man hätte viele Details an das Licht der Öffentlichkeit gezogen. Das mag tatsächlich so sein.

Nur direkt daran schließt sich doch die Frage an, was von all den Aspekten hilft uns weiter, wenn es um die Frage geht, wie wir die Sicherheit verbessern können.

Und da wird es doch schon ganz dünn, was die Opposition hier zur Rechtfertigung des Untersuchungsausschusses auf den Tisch legen kann: Unsere Sicherheitsbehörden arbeiten miteinander, sie tauschen sich aus, sie vernetzen sich und sie entwickeln ihre Zusammenarbeit kontinuierlich weiter – entsprechend den Anforderungen, um eine gute Sicherheitslage gewährleisten zu können! Entscheidend ist hierfür, dass all das passiert – völlig egal, ob ein Untersuchungsausschuss tagt oder nicht.

Dieser Untersuchungsausschuss hat dafür eben keine Ursache gelegt. Wenn Sie das für sich reklamieren, dann täuschen Sie die Öffentlichkeit und maßen sich eine Leistung an, die Ihnen nicht zusteht!

Und damit kommen wir doch auch gleich zu einer Bewertung von Nutzen und Kosten.

Dieser Untersuchungsausschuss hat in noch nie dagewesenem Umfang unsere Sicherheitsbehörden und die Ministerien beschäftigt. Noch nie musste so viel Geld für einen Untersuchungsausschuss ausgegeben werden – 10,5 Millionen Euro hat der Ausschuss gekostet. 10,5 Millionen Euro, die als Investition in unsere Sicherheitsinfrastruktur besser aufgehoben wären!

Über 150.000 Stunden Arbeit stecken in diesem Untersuchungsausschuss. 150.000 Stunden, welche Polizei, LKA und Verfassungsschutz nicht in ihre originäre Arbeit investieren konnten. Die Fraktionen von CDU und FDP haben diese unglaubliche Verschwendung von Ressourcen zu verantworten.

Es sind über 10 Millionen Euro, die eben nicht in die Sicherheit investiert worden sind, sondern in eine weit überzogene Aktenaufbereitung, weil die Opposition Maß und Mitte nicht gehalten hat. Niemand sonst!

Und ein Thema gehört hier auch noch hin:

Noch nie war ein solcher Umfang der Begleitung an Beauftragten seitens der Landesregierung nötig. Nicht selten musste jedes Haus vertreten sein, um den teilweise absurden Wünschen von CDU und FDP nachzukommen. Trotzdem

wurden die Wünsche erfüllt und in einer in jedem Einzelfall schwierigen Abwägung zwischen öffentlichen, vertraulichen und geheimen Daten den Anforderungen schnellstmöglich nachgekommen.

Namens meiner Fraktion sage ich für diesen Einsatz recht herzlichen Dank.

Und ich sage Ihnen auch, Ihr Verhalten gegenüber den Beauftragten war nur allzu häufig von einer unglaublichen Respektlosigkeit geprägt. Ich erwarte von Ihnen, Herr Nacke, ein Mindestmaß an verbliebenem Anstand und eine Entschuldigung aus Ihrem Munde gegenüber den Beauftragten der Landesregierung hier an dieser Stelle im Plenum!

Anrede,

der 23. Parlamentarische Untersuchungsausschuss hat folgende Ergebnisse gebracht:

1. Niedersachsen ist sicher!
2. Es gibt keine strukturellen Fehler in der Sicherheitsarchitektur!
3. Unsere Sicherheitsbehörden sind gut ausgestattet und aufgestellt.
4. Eine politische Einflussnahme hat es nicht gegeben.

All diese Punkte wussten wir auch schon vorher. Nun sind die bestätigt worden, eines Untersuchungsausschusses hätte es dafür aber nicht bedurft.

Vielen Dank!